

Lühr Henken*

Rüstung, Rüstung über alles...

deutsche Rüstungsausgaben drohen zu explodieren

Braunschweig, 16.11.23 – Veranstalter: Friedenszentrum Braunschweig e.V.

Mit ihrem Gipfelbeschluss von Wales 2014 beabsichtigte die NATO, ihre europäischen Mitgliedstaaten und Kanada bis 2024 zu verpflichten, ihre Militärausgaben möglichst auf zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzuheben. 2014 waren es nach NATO-Kriterien – und nur die zählen – bei diesen Staaten durchschnittlich 1,43 Prozent. 2021, also noch vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine, waren sie schon auf 1,67 Prozent angestiegen. Zusammen mit denen der USA wuchsen die NATO-Militärausgaben in diesem Zeitraum von 943 Mrd. (2014) bis 2021 auf 1.154 Mrd. US-Dollar¹. Die Ausgaben Russlands fielen zur selben Zeit laut SIPRI von 85 auf 66 Mrd. US-Dollar,² so dass sich das Überlegenheitsverhältnis von zunächst 11:1 zugunsten der NATO auf 18:1 im Jahr 2021 erhöht hatte. Die Frage: Wer wen bedroht, lässt sich anhand dessen leicht beantworten. Das Absenken russischer Militärausgaben spricht nicht dafür, dass Putin 2022 einen Krieg plante.

Deutschlands Aufrüstung begann 2014 bei 1,19 Prozent des BIP (= 34,75 Mrd. Euro) und erreichte 2021 52,43 Mrd. Euro (1,46 Prozent des BIP). Immerhin ein Plus von 50 Prozent in sieben Jahren. Dies sind die Zahlen der NATO. Wir stellen also eine deutsche Aufrüstung fest, aber das, was mit der so genannten Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers drei Tage nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine in Gang gesetzt wurde, stellt alles Vorherige in den Schatten und verdient den Begriff Hochrüstung.

Deutscher Kurs auf Hochrüstung ist unbegründet

Scholz sagte damals: „Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.“³ Woher sollen so plötzlich die Gelder dafür kommen? Sie kommen natürlich aus dem regulären Bundeshaushalt. Und: aus dem Hut gezaubert wurde eine „Sondervermögen Bundeswehr“ getaufte Kreditaufnahme in Höhe von 100 Mrd. Euro. Besser „Sonderschulden“ genannt, wie es der Bundesrechnungshof tut.⁴ Dieses Sondervermögen Bundeswehr wurde mit Zweidrittelmehrheit im Grundgesetz verankert, damit es mehrjährig abrufbar ist, um langfristige Rüstungsvorhaben abzusichern. Dieser Topf steht maximal bis Ende 2030 zur Verfügung. Inzwischen weiß man, dass nicht die gesamten 100 Milliarden für neue Waffen und Ausrüstungen ausgegeben werden können, sondern nur 87 Milliarden - denn 13 Milliarden gehen für Zinsen drauf.⁵

Zur Begründung für die Hochrüstung führte der Bundeskanzler in seiner Rede an: „Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt. Das sehen wir heute in der Ukraine. Wir müssen uns deshalb fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins Russland, und welche

¹ NATO, 31.3.2022, Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2021), 16 Seiten, S. 7, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/3/pdf/220331-def-exp-2021-en.pdf

² <https://milex.sipri.org/sipri>

³ Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode, 19. Sitzung, 27.2.2022, S. 1353 <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20019.pdf>

⁴ FAZ 1.9.23, Sonderschulden, nicht Sondervermögen. „Der Rechnungshof schreibt: „Zutreffender wären diese Sondervermögen als ‚Sonderschulden‘ zu bezeichnen.“

⁵ Europäische Sicherheit & Technik, Esut.de, 31.1.23, <https://esut.de/2023/01/meldungen/39784/bundeswehr-sondervermoegen/>

Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft?“ Das ist das herrschende Narrativ. Es findet sich auch als Begründung für die Hochrüstung in den druckfrischen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) : „Die russische Föderation bleibt ohne fundamentalen inneren Wandel dauerhaft die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im europäischen Raum.“⁶ Die seit sechs Jahren bestehende zentrale Kernaufgabe der Bundeswehr, die Landes- und Bündnisverteidigung, wird in den VPR als „strukturbestimmend“, dem sich alles unterordnet, bekräftigt. Und noch ein Zitat aus diesen neuen VPR: „Die Bundeswehr muss personell und materiell jederzeit durchhaltefähig einsatzbereit sein. Die neue Qualität der Bedrohung unserer Sicherheit und die brutale Realität des Krieges in der Ukraine verdeutlichen, dass wir unsere Strukturen und Prozesse am Szenario des Kampfes gegen einen mindestens ebenbürtigen Gegner ausrichten müssen: Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht nur gewinnen, sondern wir müssen. Dies gibt den Takt vor.“⁷ Deshalb gelte künftig „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“⁸. So lautet eine der Überschriften in den VPR. Das klingt nicht nur aggressiv, es ist aggressiv. Allein schon deshalb, weil eine deutsche Brigade – dass sind 5000 Soldaten - mit Kampf- und Schützenpanzern in Dauerpräsenz in Litauen, also östlich von Kaliningrad an der weißrussischen Grenze, ab 2025 installiert werden soll. Eine Idee von Scholz und Pistorius. Die Erfahrung Russlands mit deutschen Truppen an ihren Grenzen ist übel. Sie fielen 1918 und 1941 in Russland ein - im zweiten Fall mit Vernichtungsabsicht.

Diese geschichtliche Erfahrung prägt inklusive jener des Kalten Krieges mit der aggressiven und ständig vorrückenden NATO das heutige Verhältnis Russlands zum Westen insgesamt. Muss man sich da wundern, wenn Russland das deutsche Verhalten als Vorbereitung eines Krieges gegen sich interpretiert?

Die Beschreibung in den VPR ignoriert Geschichte und verharrt auf der Erscheinungsebene. Eine Analyse des Konflikts fehlt.

Die von Scholz gelieferte Begründung für die Hochrüstung im Februar 22 hat doch folgenden Kerngedanken: Weil Russlands Angriff auf die Ukraine Bestandteil eines imperialistischen Krieges Putins zur Neuordnung Europas ist, sind wir bedroht. Deshalb unsere Antwort: Aufrüstung.

Trifft Scholz' Analyse zu, dann macht die Ampel alles richtig. Ist die Analyse jedoch falsch, führt der eingeschlagene Aufrüstungsweg in die Irre. Und ist zudem sehr teuer.

Was spricht gegen die Richtigkeit der Scholz'schen Analyse? Schauen wir uns seine Aussage an: Russland will Europa militärisch neu ordnen. Wenn es so wäre, müsste es irgendeinen NATO-Staat militärisch angreifen. Täte es das, hätte das mit 100iger Sicherheit einen Krieg der gesamten NATO gegen Russland zur Folge. Ein atomares Inferno wäre das Ende von uns allen. Dieser Weg ist absurd. Von daher lohnt es sich gar nicht über einen von Russland rein konventionell geführten Krieg gegen die NATO nachzudenken. Tun wir es trotzdem mal.

Das Verhältnis 18:1 bei den Geldern zugunsten der NATO habe ich schon genannt. Welche anderen handfesten Ressourcen sind noch bedeutsam? Die Soldatenzahl. Die NATO hatte damals vor dem Krieg 2021 insgesamt 3,2 Millionen Soldaten unter Waffen, Russland lediglich 900.000, davon in Europa

⁶ Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien 2023, 9.11.23, 34 Seiten, S. 9. <https://esut.de/wp-content/uploads/2023/11/Verteidigungspolitische-Richtlinien.pdf>

⁷ A.a.O. S. 27

⁸ ebenda

540.000,⁹ während es hier in Europa zwei Millionen NATO-Soldaten¹⁰ gab. Somit waren damals knapp viermal so viele NATO-Soldaten in Europa wie russische. Bei schweren konventionellen Waffensystemen von Heer, Luftwaffe und Marine ist das Verhältnis entsprechend.¹¹

Die naheliegende Schlussfolgerung: Aus der konventionellen und soldatischen Unterlegenheit Russlands gegenüber der NATO folgt, dass der russische Angriff auf die Ukraine nicht die Vorstufe für Angriffe darstellt, die eine grundlegende Neuordnung der europäischen Verhältnisse beabsichtigt, wie Scholz behauptet. Mit anderen Worten: Die Befriedigung russischen Landhungers ist nicht die Motivation für diesen Krieg.

Diesen Gedanken formulieren auch die Fachleute Harald Kujat, früher Generalinspekteur der Bundeswehr und oberster NATO-Militär, Horst Teltschik, ehemals engster außenpolitischer Berater von Helmut Kohl und später Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, die Professoren Peter Brandt und Hajo Funke in ihrem Vorschlag für einen Verhandlungsfrieden zwischen Russland und der Ukraine. Sie schreiben im August: „Bisher gibt es keinen Beleg dafür, dass das politische Ziel der ‚militärischen Spezialoperation‘ die Eroberung und die Besetzung der gesamten Ukraine ist und Russland danach einen Angriff auf NATO-Staaten plant. Es gibt auch keine Anzeichen, dass Russland und die USA für diesen Fall Vorbereitungen treffen.“¹² Hat sich an diesem Befund etwas geändert? Nein.

Die russische Begründung für diesen Angriff, der das Völkerrecht bricht, ist im Wesentlichen folgende: Russland sieht sich durch die Erweiterung des NATO-Gebiets bedroht, weil es für die USA und andere NATO-Partner Stationierungsräume erweitert. Die Vorwarnzeiten bei Raketenangriffen würden so gering, dass Abwehrmöglichkeiten entfallen und auch die unbeabsichtigte Eskalationsgefahr steigt. Russland hat bereits im April 2008, als die NATO in Bukarest den Beschluss fasste, der Ukraine und auch Georgien den NATO-Beitritt in Aussicht zu stellen, gefordert, diesen Beschluss zurückzunehmen. Deren NATO-Mitgliedschaft sei für Moskau eine rote Linie. Denn eine Ukraine in der NATO würde zudem das Schwarze Meer für die US-Marine öffnen und neue Stationierungsräume entlang der russischen Grenze eröffnen.

US-Hyperschallrakete Dark Eagle vor Stationierung in Europa

Was hierzulande bisher kaum bekannt wurde: Die für Russland gefährlichste Entwicklung stellen jene von strategischen Hyperschallwaffen des US-Heeres vom Typ Dark Eagle dar. Das sind Boden-Boden-Waffen, die kurz vor der Indienststellung sind. Ihre Reichweite beträgt zirka 2.800 km. Russland verfügt bereits über verschiedene Typen von Hyperschallwaffen, aber die stehen auf einem anderen Blatt Papier.

Die USA wollen die Dark-Eagle-Batterien in fünf Regionen rund um den Globus aufstellen, eine davon in Europa. Die entsprechende Multi-Domain-Task-Force (MDTF), ihre Kommando- und Bedienmannschaft, sie trägt die Ordnungsnummer 2, ist bereits in Wiesbaden stationiert, dem US-Heereshauptquartier für

⁹ Krister Pallin, Military Forces in Northern Europe, in: Schwedisches Verteidigungsministerium, Western Military Capabilities in Northern Europe 2020, 134 Seiten, Tabelle 4.1, S. 86, <https://www.foi.se/rest-api/report/FOI-R--5012--SE>

¹⁰ Vor dem Ukraine-Krieg kamen 1,895 Mio. aus europäischen NATO-Staaten, ca. 75.800 aus den USA

¹¹ Die NATO hat das Doppelte an Kampfpanzern und das 3,3fache an gepanzerten Kampffahrzeugen im aktiven Dienst, hält das 4,8fache sowohl an Kampfflugzeugen als auch an Kampfhelikoptern aktiv. Berücksichtigt man zudem auch die Artillerie und die jeweiligen Reservisten dazu, halten sich die Bestände der schweren Waffen der Landheere die Waage. Allerdings verschafft ihre Qualität der NATO einen Vorteil. Zudem hat die NATO das 9,1fache an hochseegängigen Überwasserkampfschiffen und das 3,2fache an taktischen U-Booten im Dienst. Quelle: International Institute for Strategic Studies (IISS), The Military Balance 2021, 516 Seiten. Berechnungen des Autors

¹² Harald Kujat, Peter Brandt, Hajo Funke, Horst Teltschik, Den Krieg mit einem Verhandlungsfriedens beenden, 25.8.23, 11 Seiten, S. 3, <https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/sonderausgabe-vom-28-august-2023.html>

Europa, dessen selbstgesteckter Verantwortungsbereich bis Wladiwostok reicht und Afrika umfasst. Alle in Europa stationierten Dark-Eagle-Batterien werden von Wiesbaden aus kommandiert werden. Dark Eagle fliegt mit 12facher Schallgeschwindigkeit. Ihr Gleitkörper ist extrem treffsicher, so dass auf einen nuklearen Sprengkopf verzichtet werden kann. Das heißt nicht, dass das auf Dauer gilt. Es ist eine High-Tech-Waffe, die nicht abzufangen ist. Der Rechnungshof der USA rechnet mit einem Stückpreis von wenigstens 40 Mio. Dollar.

Dark Eagle ist auf zeitkritische Ziele ausgelegt. Das bedeutet: auf etwas Bewegliches am Boden. Was kann das sein? Da muss man nicht lange nachdenken. Sie zielt nicht auf Bunker, Kommandozentralen, Panzer etc., sondern auf so genannte Hochwertziele, die ihren Ort verändern.

Die russische Führung hat die Bedrohung durch US-Hyperschallraketen wahrgenommen. Präsident Putin hat das in einer Rede an die Nation am 21. Februar 2022, drei Tage vor dem Angriff auf die Ukraine, dargestellt, als er sich mit den Gefahren auseinandersetzte, die aus einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine erwachsen. Er sprach die Stationierung bodengebundener Angriffswaffen der USA in der Ukraine an, wie sie nach der – wie er es nannte - „Zerstörung“ des INF-Vertrags 2019 durch Trump ermöglicht wird. Putin sagte „Die Flugzeit von Marschflugkörpern ‚Tomahawk‘ nach Moskau beträgt weniger als 35 Minuten, für ballistische Raketen aus dem Raum Charkow – 7 bis 8 Minuten und für die Hyperschall-Schlagmittel – 4 bis 5 Minuten. Das bezeichnet man als ‚das Messer am Hals.‘“¹³ Putin fürchtet offensichtlich einen Enthauptungsschlag. Diese militärische Aufgabe war vor 40 Jahren auch den Pershing 2 zugeordnet gewesen. Stehen wir vor einem Dejà-vu?

Für mich ist Dark Eagle ein wichtiger Grund, weshalb Russland vehement gegen die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO ist und diesen fürchterlichen Krieg führt. Denn bei einer Flugzeit von 5 Minuten bleibt keine Möglichkeit, militärisch auf den Überraschungsangriff zu reagieren, nicht einmal um einen Gegenschlag zu starten; die fünf Minuten werden allein für die Verifikation benötigt. Je weiter von Moskau entfernt Dark Eagle stationiert werden, desto eher besteht eine Reaktionsmöglichkeit.

Werden Dark Eagle - egal wo in Europa stationiert - denke ich, sind die in Deutschland liegenden Kommandozentralen in Stuttgart und Wiesbaden durch russische präemptive Angriffe in Gefahr.

Wann ist mit einer Stationierung von Dark Eagle in Europa zu rechnen? Für die erste MDTF in den USA war der Einsatzbeginn bereits für Ende September vorgesehen. Allerdings schlugen sämtliche drei Tests, die Voraussetzung für die Einsatzbereitschaft sind, fehl, so dass der Zeitplan nicht eingehalten wurde. Das Pentagon hat es eilig. Es will nun auf zwei der Tests verzichten und nach dem ersten erfolgreichen die Einheit an der US-Pazifikküste für einsatzfähig erklären. Das soll bis Ende dieses Jahres erfolgen. In der aktuellen Ausgabe der führenden deutschen Militärzeitschrift „Europäische Sicherheit & Technik ist zu lesen, und das ist für uns in Deutschland sehr bedeutsam: „Die Aktivierung der zweiten Dark-Eagle-Batterie (in Wiesbaden, L.H.) wird 2025 [...] erwartet.“¹⁴ Das sei der bestehende Zeitplan. 2025 beginnt in dreizehneinhalb Monaten.

Der Autor in der Militärzeitschrift führt zu den Zielgebieten aus: „Vom osteuropäischen Bündnisgebiet aus könnte die in Deutschland stationierte Dark-Eagle-Batterie Ziele in ganz Russland westlich des Urals treffen. Eine Verlegung nach Südosteuropa würde auch den Iran in den Wirkungsbereich der

¹³ Dr. Rainer Böhme, dgksp-Diskussionspapiere, Dresden, März 2022, 151 Seiten, ISSN 2627-3470, S. 67f, <https://slub.qucosa.de/landing-page/https%3A%2F%2Fslub.qucosa.de%2Fapi%2Fqucosa%253A78553%2Fmets%2F/>

¹⁴ Sydney E. Dean, Dark Eagle: US Army führt Hyperschallwaffe ein, Europäische Sicherheit & Technik November 2023, S. 60 bis 63, S. 63

Hyperschallwaffe rücken.“¹⁵ Die Waffe solle technologisch weiterentwickelt werden, schreibt der Autor: „Jedes neu ausgerüstete Bataillon soll Flugkörper erhalten, die leistungsfähiger sind als die vorhergehende Tranche. Eine der bereits eingeplanten Designverbesserungen würde die Möglichkeit bieten, Zieldaten nach dem Start aus der Ferne zu ändern oder zu aktualisieren, um die Bekämpfung von beweglichen oder zwischenzeitlich verlegten Zielen zu ermöglichen.“¹⁶ Ich sage: Die Stationierung von Dark Eagle in Europa muss verhindert werden. Sonst führt sie zu einer extremen Destabilisierung der Lage.

Diese dargelegten Umstände dürften auch Argumente genug sein, um die Scholz'sche Begründung für seine Hochrüstung, Russland führe einen Krieg zur Eroberung Europas, ad absurdum zu führen.

Bevor wir uns genauer ansehen, welche zentralen Rüstungsprojekte gekauft werden sollen, schauen wir uns die zu erwartenden Kosten an.

Welche Kosten kommen auf uns wegen der deutschen Hochrüstung zu?

Der Kanzler hatte es im Juni verkündet: erstmals im nächsten Jahr sollen zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung für das Militär ausgegeben werden. Wie viel das wären, lässt sich gut abschätzen. Die Wirtschaftsprognosen für 2024 besagen, dass das deutsche BIP dann bei rund 4.250 Mrd. Euro liegen wird. Zwei Prozent davon sind 85 Milliarden Euro. Die Regierung geht von 85,3 Milliarden aus.¹⁷ Das ist der höchste Wert nach dem Zweiten Weltkrieg.

Allerdings ist die Erhöhung noch nicht im Bundestag beschlossen. Der Haushalt wird vom 28.11. bis 1.12. abschließend debattiert und am 1.12. verabschiedet. Es ist in den Details noch nicht klar, wie die Regierung die Milliarden zusammenkriegt. Nach dem, was öffentlich bekannt ist, setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen: 51,8 Milliarden kommen aus dem Einzelplan 14. Das ist der reguläre Verteidigungshaushalt. Plus 19,2 Milliarden aus dem sogenannten Sondervermögen Bundeswehr. Wer mitgerechnet hat: wir sind damit bei 71 Milliarden (51,8 + 19,2). Bleiben noch 14,3 Milliarden. Wie kreativ zumindest das Finanzministerium ist, um die NATO-Kriterien zu erfüllen, enthüllte das Nachrichtenmagazin Der Spiegel Mitte Oktober. Ihm liegt ein eingestuftes Papier vor, das eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Dank dieser Veröffentlichung wurde erstmals klar, dass es jedem Mitgliedsland freigestellt ist, was es der NATO als rüstungsrelevant meldet. Somit sind die NATO-Kriterien uneinheitlich. Weder die NATO noch ein einziges Mitgliedsland erfährt Details. Lediglich die Gesamtsumme der rüstungsrelevanten Kosten anderer Ressorts wird an die NATO gemeldet. Was wertet Lindners Ressort als rüstungsrelevant? Sein Ministerium steuert von den 14,3 Milliarden 11,2 Milliarden bei. Davon entfallen allein 4,5 Milliarden auf Zinsen. Zinsen für den früheren Kauf von Panzern, Flugzeugen und Haubitzen auf Pump. Der Rest sind Kosten für die Flugbereitschaft der Bundesregierung, die Aufwendungen für ehemalige militärische Liegenschaften und die Versorgungsleistungen für Ex-NVA-Angehörige. Aber da bleibt eine erklärungsbedürftige Lücke in Höhe von einigen Milliarden. Sehr wahrscheinlich sind darunter vier Milliarden, für die kommenden Jahr Waffen in die Ukraine geliefert werden sollen und im Einzelplan 60 „Allgemeine Finanzverwaltung“ gelistet sind. Ein Etat, der vom Verteidigungs-, dem Finanz- und dem Außenministerium verwaltet wird.¹⁸ Diese vier Milliarden sind für Flugabwehrsysteme, Panzer, Fahrzeuge und Munition für die Ukraine verplant. Aber auch das würde nicht alle als rüstungsrelevant deklarierten Milliarden aus dem Hause

¹⁵ ebenda

¹⁶ ebenda

¹⁷ Der Spiegel 14.10.2023 Mogelpackung Zeitenwende, S. 38f

¹⁸ NZZ 14.11.23, Die Ampel streitet darüber, wer sich die Steigerung der Militärhilfe ans Revers heften kann

Lindner erklären. Andere Ressorts, es sind insgesamt acht, tragen zusammen gut 3 Milliarden¹⁹ zu den nach NATO-Kriterien zusammengestellten 85,3 Milliarden bei.

Aber das soll für nächstes Jahr noch gar nicht alles gewesen sein. Die Ukraine solle für Waffen und Ausrüstungen noch vier Milliarden mehr erhalten, berichtete die neueste Bild am Sonntag. Auch dieser Betrag soll aus dem Einzelplan 60 kommen. Bei näherem Hinsehen jedoch stellt sich heraus, dies Geld ist gar nicht für die Ukraine bestimmt, sondern für die Bundeswehr. Mit ihm sollen Ausrüstungslücken gefüllt werden, die einst durch Lieferungen an die Ukraine entstanden sind.²⁰ Kommt es dazu, klettern die deutschen Militärausgaben 2024 von 85,3 auf 89,3 Milliarden. Der Effekt: Das bedeutet nicht 2 Prozent, sondern 2,1 Prozent des BIP.

Für dieses Jahr schätzt die NATO den Wert auf 64 Milliarden Euro. Somit bedeuten die 89,3 Milliarden ein Plus von mehr als 25 Milliarden von einem auf das nächste Jahr. Das ist der höchste jährliche Sprung seit Gründung der Bundesrepublik. Das bedeutet knapp 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Das wiederum ist der höchste prozentuale Anstieg seit 1959. Warum führe ich diese Vergleiche an? Sie zeigen mir, dass wir vor einer einzigartigen Situation stehen, wie wir sie seit zwei Generationen nicht hatten.

Von Bedeutung ist auch die Ausgabenentwicklung für militärische Hardware: Betrug die Kosten für militärische Beschaffungen 2014 noch 4,5 Milliarden Euro, kletterten sie dieses Jahr allein bis Ende August schon auf 21 Milliarden.²¹ Das schon bedeutet fast eine Verfünffachung binnen neun Jahren. Bis Ende des Jahres könnten es jedoch noch mehr werden. Dabei ist allen klar:

Es werden dringend öffentliche Gelder für die vernachlässigte gesamtgesellschaftliche Daseinsgrundvorsorge benötigt.

In der Bildung fehlen laut Berechnungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau allein 55 Milliarden, um Schulen und Kitas zu sanieren.²² Das Bündnis „Bildungswende Jetzt“ fordert 100 Milliarden Euro.²³ Bund und Länder gewähren zusammen allerdings nur magere zwei Milliarden mehr für das kommende Jahr.²⁴

Für den sozialen Wohnungsbau fordert der Mieterbund ein 50-Milliarden-Programm. Bauministerin Geywitz möchte jedoch bis 2027 lediglich 18 Milliarden dafür ausgeben.²⁵

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft beklagt eine Unterfinanzierung in Höhe von 500 Millionen Euro im Monat²⁶, also 6 Milliarden im Jahr. Der Bund soll zusätzliche Hilfen geben.

Das Verkehrsministerium errechnete schon 2019, dass bis 2030 für die Verkehrswende jährlich 11 Milliarden nötig seien.²⁷ Um nur die Hälfte der maroden Brücken im Bundesfernstraßennetz zu reparieren, werden bis 2030 pro Jahr eine Milliarde zusätzlich benötigt.²⁸

¹⁹ Der Spiegel 14.10.23, Mogelpackung Zeitenwende, S. 38f. Im Einzelnen setzen sich die 14,3 Mrd. Euro verteidigungsrelevanter Ausgaben so zusammen (in Mio. Euro): Finanzministerium 11.246, Entwicklungsministerium 962 (Mittel zur Krisenbewältigung und den Wiederaufbau in Kriegsgebieten), Kanzleramt 921 (der BND wird als verteidigungsrelevant eingestuft), Auswärtiges Amt 809 (Mitgliedsbeiträge für die UNO, Krisenverhinderung und Friedensförderung), Bauministerium 127, Innenministerium 89, Wirtschaftsministerium 78, Familienministerium 47 (Kindergeldzahlungen an Bundeswehrangehörige), Bundestag und Bundesrat 8.

²⁰ NZZ 14.11.23, Die Ampel streitet darüber, wer sich die Steigerung der Militärhilfe ans Revers heften kann

²¹ Der Spiegel 4.11.2023, Die Panzermacher S. 64 bis 68, S. 66

²² Spiegel.de 15.8.2018, <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/schulen-fehlen-48-milliarden-euro-fuer-die-gebaeudesanierung-a-1223228.html>

²³ Tagesschau.de 23.9.23, <https://www.tagesschau.de/inland/bildung-proteste-100.html>

²⁴ FAZ 22.9.23

²⁵ Tagesschau.de 1.8.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/sozialer-wohnungsbau-124.html>

²⁶ Tagesschau.de 20.9.23, <https://www.tagesschau.de/inland/krankenhaeuser-protesttag-102.html>

Allein diese kurze Liste, die sicher nicht vollständig ist, verlangt zusätzliche Gelder von jährlich 35 bis 40 Milliarden. Aber die Knaller kommen erst noch:

Erster Knaller: Berechnungen über Sanierungskosten im Wohnungsbau für den Klimaschutz summieren sich bis 2045 je nach angestrebtem Effizienzgrad auf jährlich 120 bis 230 Milliarden.²⁹ Ohne staatliche Zuschüsse wird's nicht gehen. Wie viel das sein werden, ist unklar.

Zweiter Knaller: Der Doppelwumms zu Coronazeiten muss zurückgezahlt werden. Ab 2028 kosten die knapp 360 Milliarden (358,6 Milliarden) für die Unterstützung von Strom- und Gaskunden 11,6 Milliarden jährlich und das 31 Jahre lang. Ab 2031 müssen auch 180 Milliarden für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) zurückgezahlt werden. Das macht 31 Jahre lang 5,8 Milliarden pro Jahr. Die Zurückzahlung auch des Sondervermögens Bundeswehr beginnt 2031. Laufzeit wahrscheinlich auch 31 Jahre lang mit 3 Milliarden jährlich.

Das ergibt drei Jahrzehnte lang eine zusätzliche Haushaltsbelastung von jährlich 21 Milliarden.³⁰ Geld, das in Konkurrenz zu Ausgaben für Sozialleistungen und Investitionen steht. Da Neuverschuldungen durch die Schuldenbremse im Grundgesetz³¹ gedeckelt sind, stehen massive Kürzungen an.

Kürzungen öffentlicher Ausgaben

Das Streichen im Sozialen beginnt schon im nächsten Jahr. Sämtliche Ressorts mit Ausnahme des für Verteidigung sollen in den Jahren 2024 und 2025 zusammen 3,5 Milliarden Euro einsparen.³² Im Haushalt 2024 soll das dann entsprechend so aussehen: Eine Kostprobe: THW – 10 Prozent, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – 23 Prozent, Bundeszentrale für politische Bildung – 21 Prozent, Humanitäre Hilfe und Krisenprävention – 34 Prozent, Müttergenesungswerk – 93 Prozent, Familienferienstätten – 93 Prozent, Wohngeld - 16 Prozent, Bafög – 27 Prozent.³³ Welthungerhilfe und Misericordia beklagen, dass die Entwicklungshilfe um 15 Prozent gekürzt wird, während UN-Generalsekretär Guterres weltweit 500 Mio. Dollar jährlich fordert, um die UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen.³⁴

Zusätzlich müssen die von Pistorius eingeforderten 4 Milliarden für die Bundeswehr für kommendes Jahr im Haushalt woanders eingespart werden, damit er ausgeglichen ist. Das bedeutet weitere Streichungen. Wo, wird sich in der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses zeigen, die heute Nacht stattfindet.

²⁷ Handelsblatt.de 25.3.2019, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/e-mobilitaet-verkehrswende-soll-mindestens-120-milliarden-euro-kosten/24133672.html> Darin: Aufbau von Ladestationen für PKW und LKW 25 Mrd., Ausbau des Nahverkehrs 14,5 Mrd., neue Rad- und Fußwege 18 Mrd. Euro.

²⁸ 4.6.2019, <https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Artikel/StB/brueckenmodernisierung.html>

²⁹ Der Spiegel 7.10.23

³⁰ Der Spiegel 4.11.2023, Die Milliardenlücke, S. 41

³¹ Wichtige Stimmen der SPD haben sich öffentlich für ein Aussetzen der Schuldenbremse ausgesprochen. So, Saskia Esken, (SPD-Vorsitzende), und Rolf Mützenich, (SPD- Fraktionsvorsitzender). Die FDP ist strikt dagegen. Spiegel.de 30.10.23, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/bundshaushalt-saskia-esken-fordert-aussetzen-der-schuldenbremse-a-a18f008f-0160-4930-8d9a-028fb7097a2a> Auch der grüne Wirtschaftsminister Habeck zieht in Erwägung, nach dem Auslaufen des Bundeswehr-Sondervermögens über die Aufnahme weiterer Kredite nachzudenken. Zeit.de, 28.10.23, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/habeck-fordert-mehr-geld-bundeswehr>

³² FAZ 6.9.23, Finanzminister Lindner warnt vor haushaltspolitischen Risiken. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/habeck-fordert-mehr-geld-bundeswehr>

³³ Deutscher Bundestag, Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024, Drucksache 20/7800, 18.8.2023, 3300 Seiten, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/078/2007800.pdf>

³⁴ FAZ 20.9.23

Diese Streichungsliste ist nur ein kleiner Vorgeschmack auf das, was folgen wird, wenn sich der Hochrüstungskurs ab 2025 fortsetzt. Es müsse, so Finanzminister Lindner im Sommer, in den Jahren 2025 bis 2027 jedes Jahr eine Lücke von 5 Milliarden zwischen erwartbaren Einnahmen und Ausgaben geschlossen werden.³⁵ Anfang November gab es von ihm eine Korrektur dieser Annahmen: „ab 2025 fehlen nun 10 Milliarden, 2026 wächst die Lücke dann auf 15 Milliarden und ein Jahr später soll sie schon bei 20 Milliarden liegen.“³⁶

Aber auch diese Prognosen dürften nach dem gestrigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts Makulatur sein, wonach 60 Milliarden des im Klima- und Transformationsfonds eingestellten Geldes nicht verwendet werden dürfen, sondern dem Bundeshaushalt entnommen werden müssen. Also zusätzliche Zig-Milliarden, die verteilt über Jahre Ausgaben für Soziales, wie Rentenzuschüsse, Bundeszuschüsse für Sozialkassen, Kindergrundsicherung, Bürgergeld etc.. in Frage stellen.

Also: noch mehr kürzen? Eventuell Steuern erhöhen? Die Schuldenbremse bleibt unangetastet, wenn es nach Herrn Lindner und Herrn Scholz geht.

Aber das wird längst nicht alles sein, was an Einsparungen auf uns zukommt.

Deutsche Aufrüstung – grenzenlos?

Denn die Regierung ist der NATO gegenüber langfristige Verpflichtungen eingegangen. Es war 2018 als bekannt wurde, dass die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen kurz zuvor an Parlament und Öffentlichkeit vorbei der NATO gegenüber angemeldet hatte, bis spätestens 2031 drei Heeresdivisionen aufstellen zu wollen. Dies war vor dem Ukrainekrieg. Der Zeitplan wurde nach dem Beginn des Ukrainekriegs vorgezogen.

Nun sollen diese Divisionen, jeweils 15.000 bis 20.000 Soldaten stark, 2025, 2027 und 2029 hoch bewaffnet, damit sie nach kurzer Vorwarnzeit einsetzbar sind, aufgestellt sein. Man spricht hier von Kaltstartfähigkeit. Sie werden Bestandteile des neuen dreistufigen Streitkräftenmodells der NATO. In diesem Modell geht es der NATO darum, ihre schnelle Eingreiftruppe, die NATO Response Force, die derzeit noch 40.000 Soldat:innen sowie 30.000 in geringer Bereitschaft umfasst, auf etwa 800.000 Soldat:innen aufzustocken. Das soll in drei Stufen geschehen: Stufe 1 soll 2025, Stufe 2 soll die zweite und Stufe 3 soll die dritte Stufe stehen. Wenn die Aufstellung fertig ist, sollen in Stufe 1 100.000 Soldat:innen in 10 Tagen und weitere 200.000 binnen 30 Tagen in Stufe 2 einsatzfähig sein. Diese können in Stufe 3 um weitere 500.000 Soldat:innen in einem Zeitraum von bis zu 180 Tagen aufgestockt werden. Das bedeutet dann eine etwa Verzehnfachung der schnell mobilisierbaren NATO-Truppen und stellt einen außerordentlich gewaltigen Schritt der Konfrontation gegenüber Russland dar.

Der innere Zusammenhang zwischen den erhöhten Militärausgaben und diesem neuen NATO-Modell ist glasklar im NATO-Gipfel-Beschluss von Vilnius vom Juli festgeschrieben.

Dort heißt es wörtlich: „Wir verpflichten uns dazu, jährlich mindestens 2 Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben, [um] die neuen NATO-Verteidigungspläne und das Streitkräftenmodell mit Ressourcen auszustatten.“³⁷ Merke: das soll ohne zeitliche Begrenzung geschehen – also dauerhaft.

³⁵ FAZ 6.9.23, Finanzminister Lindner warnt vor haushaltspolitischen Risiken.

³⁶ Der Spiegel 4.11.2023, Die Milliardenlücke, S. 40 f

³⁷ Vilnius Summit Communiqué, Issued by NATO heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Vilnius 11 July 2023, Ziffer 27, in: Jürgen Wagner, Zeitenwende heißt Sozialabbau! IMI-Studie Nr. 2 /2023, 28.8.23, 8 Seiten, S.5, <https://www.imi-online.de/2023/08/28/zeitenwende-heisst-sozialabbau/>

Für die Jahre 2025, 2026 und 2027 könnten die deutschen Militärausgaben, vorausgesetzt sie betragen jeweils zwei Prozent des BIP, noch höher liegen als die 89 Milliarden im nächsten Jahr. Deshalb, weil weiter jährlich für Milliardenbeträge Waffen in die Ukraine geliefert werden, und, weil es Inflation gibt und weil man mit einem Wirtschaftswachstum von jeweils 0,8 Prozent rechnet. Die Regierung könnte sich aus dem Topf mit den 100 Milliarden Sonderschulden bedienen, denn da sind ab 2025 noch 60 Milliarden drin.

Aber dann, ab 2028 spätestens, ist der Topf leer und sämtliche Militärausgaben müssten direkt aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Das bestätigte Scholz im Bundestag. Er sagte Anfang September „Und ja, schon jetzt, schon heute, ist klar, dass wir allerspätestens ab 2028 zusätzliche 25 Milliarden, vielleicht auch fast 30 Milliarden Euro für die Bundeswehr aus dem Bundeshaushalt direkt finanzieren müssen.“³⁸

Und dass danach damit nicht Schluss ist, machte er gleich mit klar. Wörtlich sagte Scholz im Bundestag: „Wir garantieren der Bundeswehr 2 Prozent NATO-Quote auch 2028, 2029 und 2030, in den ganzen 30er Jahren.“³⁹

Spätestens ab 2030, wenn das deutsche BIP die 5.000 Milliarden Euro-Marke überschreitet, werden das 100 Milliarden Euro im Jahr sein. Und das Jahr für Jahr. Wenn man weiterhin an der Schuldenbremse festhält und damit die Aufnahme neuer Schulden begrenzt, muss dieses Mehr für die Rüstung im Bereich sozialer Ausgaben gekürzt werden. Man muss ab 2028 im Vergleich zu heute mit mindestens 30 Milliarden Euro pro Jahr rechnen, die an Sozialleistungen gekürzt werden. Die Frage ist:

Wofür braucht die Regierung das viele Geld? Was soll damit an Waffen gekauft werden?

Es geht um die umfassende Aufrüstung von Heer, Marine und Luftwaffe.

Ein wichtiger Posten für alle drei Teilstreitkräfte ist der Kauf neuer Munition. Kosten zusammen: sage und schreibe 20 Mrd. Euro.

Dem Gesetz über die Sonderschulden ist ein „Wirtschaftsplan“⁴⁰ angehängt, aus dem hervorgeht, welche Milliardenbeträge auf welche Teilstreitkräfte verteilt werden sollen. Schauen wir uns die deutschen Aufrüstungsmaßnahmen der drei Teilstreitkräfte genauer an.

Das Heer

Hier wurde das Wort Kriegstüchtigkeit geboren, das Pistorius⁴¹ Ende Oktober in den Mund nahm und das auch in den VPR an mehreren Stellen verwendet wird. Der Heeresinspekteur Alfons Mais gab seinen Offizieren schon vor drei Jahren, also vor dem Ukraine-Krieg, folgende Ausbildungsgrundsätze mit auf den Weg. Mais sagte: „Unter Landes- und Bündnisverteidigung müssen die eingesetzten Truppen durchsetzungsfähig, kriegsbereit und siegesfähig sein.“ Und: „Nochmal: Ziel des Heeres ist

³⁸ Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht 118. Sitzung, Berlin, 6. September 2023, S. 14539, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20118.pdf>

³⁹ ebenda

⁴⁰ Sondervermögen Bundeswehr, 5 Seiten, https://www.hardthoehenkurier.de/images/Wirtschaftsplan_SondervermoProzentCCProzent88gen.pdf

⁴¹ „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“ Spiegel.de 30.10.23, <https://www.spiegel.de/politik/boris-pistorius-ueber-die-bundeswehr-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-a-24366e1b-6689-4ee0-a4c0-d0c7ee0f854d>

Kriegstüchtigkeit, einsatzbereite Kräfte allein genügen nicht: Wir müssen einstecken, wiederaufstehen, gegenhalten und letztendlich gewinnen können!“⁴² Sie werden auf Krieg gedrillt.

Das Heer ist die größte Teilstreitkraft. Was von den Sonderschulden ins Heer fließen soll, ist noch undurchsichtig. Sicher 16,6 Milliarden, aber auch noch manches aus dem Topf für Digitalisierung⁴³ Bestellt wurden schon mal 50 Schützenpanzer PUMA für 1,5 Milliarden⁴⁴ und 18 Leopard 2 A8 – Kampfpanzer für rund eine halbe Milliarde. Später sollen noch 105 Leos desselben Typs für rund 3 Milliarden dazukommen.⁴⁵

Aber das alles sind kleine Fische gegenüber dem Kampfpanzer-Projekt MGCS:

Das ist der Knaller des Heeres: das Main Ground Battle System (MGCS). Dieses Vorhaben beruht auf einer geradezu epochalen Regierungsvereinbarung von Merkel und Macron im Jahr 2017.

Die neue Kampfpanzer-Generation MGCS soll die Leopard 2 der Bundeswehr sowie die Leclerc-Panzer in der französischen Armee ablösen. Ziel ist es, „ein Hightech-System zu entwickeln, bei dem Robotik und Waffen wie Hochgeschwindigkeitsraketen eine entscheidende Rolle spielen.“⁴⁶ Das MGCS soll eine „rollende Gefechtszentrale für weitere autonom gesteuerte Fahrzeuge sein.“⁴⁷ Und von „Drohnenbegleitung“ ist die Rede.⁴⁸ MGCS soll so zu einem militärischen Game-Changer werden.⁴⁹ Das heißt so viel wie: Mit MGCS soll jede Panzerschlacht gewonnen werden. Krauss-Maffei Wegmann (KMW) hat mit der französischen Firma NEXTER eigens für MGCS das Joint Venture KNDS gegründet. KNDS entwickelt zusammen mit Rheinmetall das MGCS. Der damalige KMW-Chef Frank Haun, heute ist er KNDS-Chef, rechnete 2018 in den nächsten 25 bis 30 Jahren in Europa mit einem Bedarf von 5.000 Kampfpanzern im Wert von 75 Mrd. Euro.⁵⁰ An weltweite Umsätze von rund 100 Mrd. Euro bis in die 40er Jahre hinein wird gedacht.⁵¹ Haun denkt über den Tag hinaus. „In Hauns Vision soll KNDS binnen zehn Jahren zu einem ‚europäischen Unternehmen mit Partnern aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien‘ zusammenwachsen.“⁵² Gemerkt? Die USA sind nicht dabei.

⁴² Generalleutnant Alfons Mais, Inspekteur des Deutschen Heeres, „Das Deutsche Heer im Lichte eingegangener Bündnisverpflichtungen – in Zukunft noch leistbar?“, 4.11.2020, 15 Seiten, <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/4161966/b083a620cc311bd6b31b1375228273b7/rede-inspekteur-heer-zur-ausrichtung-auf-landes-und-buendnisverteidigung-data.pdf>

⁴³ Zu nennen ist hier die „Digitalisierung landbasierter Operationen“, das Battle-Management-System sowie Gefechtsstände und Funkgeräte. Hervorzuheben ist auch die Ausrüstung „Infanterist der Zukunft“ auf den Einsatzstandard der Speerspitze der NATO Response Force.

⁴⁴ Das Heereskommando beabsichtigt, eine der drei Divisionen mit sogenannten Mittleren Kräften auszustatten. Das wären Radschützenpanzer auf der Basis des BOXERS mit der Kanone des PUMA. Als Herstellungsland käme eine Rheinmetall-Fabrik in Australien in Betracht. Für 2 Milliarden Euro würden – so interne Papiere des Kommandos Heer – 121 „schwere Waffenträger Infanterie“ und 148 „zukünftige Radschützenpanzer“ als Marder-Nachfolger, insgesamt also 269 Fahrzeuge in Frage kommen. Es „bräuchte weitere Neuanschaffungen, um die ganze Truppe agil zu machen, etwa Radhaubitzen, radbewegliche Pionierfähigkeiten und radbasierte Mörsersysteme. Insgesamt kalkuliert das Heer intern mit 1.600 Fahrzeugen, die angeschafft werden müssten, darunter allein 630 Ersatzfahrzeuge für die Jahrzehnte alten Transportpanzer Fuchs.“ FAZ 17.5.23, Rad statt Kette

⁴⁵ Businessinsider.de 11.5.23

⁴⁶ Björn Müller, Streitkräfte und Strategien, NDR Info, 2.11.19

⁴⁷ FAZ 12.7.23, Berlin und Paris treiben Entwicklung eines Kampfpanzers voran.

⁴⁸ So Rheinmetall-Chef Papperger in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 20.8.23

⁴⁹ Björn Müller, Die Hürden für Europas gemeinsamen Kampfpanzer, 31.10.19,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ruesten-fuer-europa-huerden-fuer-den-gemeinsamen-kampfpanzer-16439321-p2.html>

⁵⁰ Handelsblatt.de, 26.4.18

⁵¹ Ebenda

⁵² Der Spiegel 4.11.2023, Die Panzermacher S. 64 bis 68, S. 68

Deutschland hat beim MGCS-Projekt die Führung inne. Der Bau von MGCS hat für Kanzler Scholz „oberste Priorität“.⁵³ Als Auslieferungsbeginn wird 2040 genannt.

Rheinmetall: Boom wie nie zuvor

Die deutschen Heeres-Rüstungsfirmen jedenfalls profitierten sehr von diesem Boom und die Zukunft verspricht noch weitaus mehr. Insbesondere für Rheinmetall. Der Börsenwert von Rheinmetall hat sich seit Beginn des Ukrainekriegs verdreifacht. Die deutsche Aufrüstung und die der NATO lassen sich an der Entwicklung der Auftragsbestände des Düsseldorfer Konzerns gut ablesen.

2016 noch verzeichnete Rheinmetall ein Auftragspolster von 3 Mrd., bis 2021 hat sich der Auftragsbestand auf 15 Mrd. verfünffacht, obwohl der Konzern jährlich für rund 3 Milliarden Euro Waffen herstellte.

In diesem Jahr wuchs das Auftragspolster bis Ende September schon auf 37 Milliarden. „Ende des Jahres könnten es fast 40 Milliarden, 2025 dann etwa 50 Milliarden Euro werden.“⁵⁴ So Rheinmetall-Chef-Armin Papperger letzte Woche.

Die deutsche Marine – hochgerüstet nicht nur in die Ostsee

Die Marine soll 19 Milliarden aus den Sonderschulden erhalten. Schon jetzt ist sie die größte aller EU- und NATO-Anrainer-Staaten der Ostsee. Im Kriegsfall mit Russland stellt sich in der Ostsee die Überlegenheit der NATO-Flotten bei hochseegängigen Kriegsschiffen und U-Booten mit zusammen 45 zu 7 zum Nachteil Russlands dar.⁵⁵

Deutschland plant eine gewaltige Aufrüstung zur See. Eine Auswertung der neuesten Planung „Marine 2035 +“ ergibt eine Steigerung der Zahl der Überwasserkampfschiffe auf das Dreifache von 14 auf 42⁵⁶ und die der U-Boote auf das Zweieinhalbfache von sechs auf bis zu 15. Die einzelnen Kriegsschiffe werden immer größer, teurer, kampfstärker und können zunehmend von See aus Land beschießen. Sie sind nicht nur für den Einsatz in Europa konzipiert, sondern auch für den Indischen und den Pazifischen Ozean. Zudem werden in den VPR die Arktis, Afrika und der Nahe Osten genannt^{57 58}

Größter Brocken aus den Sonderschulden soll an die Luftwaffe gehen

Die FAZ schreibt der Luftwaffe 41 Mrd. zu. Knapp 8 Milliarden (Mindestens 7,8 Mrd.) davon fließen in 60 schwere Transporthubschrauber.⁵⁹ Bisher 5 Milliarden sind für das neue Luftverteidigungssystem ESSI vorgesehen⁶⁰, das 2025 fertiggestellt sein soll.

⁵³ Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode, 19. Sitzung, 27.2.2022, S. 1353

⁵⁴ FAZ 10.11.2023, Rheinmetall arbeitet ein wachsendes Auftragspolster ab

⁵⁵ International Institute for Strategic Studies (IISS), London, The Military Balance 2023, 12 NATO-U-Booten der Ostsee-Anrainer stehen dort ein russisches U-Boot gegenüber. Die NATO verfügt hier über 33 Zerstörer, Fregatten und Korvetten, Russlands Baltische Flotte hat davon 6. Bei Patrouillenbooten ist das Verhältnis 176 zu 35 zugunsten der NATO.

⁵⁶ FAZ 29.3.2023, „Wir vertrauen drauf, dass die zwei Prozent kommen“, ESuT April 2023, Neues Zielbild für die Zeit ab 2035 gibt Einblick in die zukünftige Flottenstruktur, S. 33 bis 36

⁵⁷ Einen Überblick über die deutsche Marinerüstung findet sich hier: Lühr Henken, Volle Kraft voraus auf fremde Küsten, September 2021, 5 Seiten, <https://www.imi-online.de/download/LH-Marineruestung.pdf>

⁵⁸ NZZ 16.1.2023, Warum Deutschlands Armee nicht einsatzfähig ist. Der NATO hat die Bundeswehr bis Ende 2031 zugesagt, „mindestens 15 Kriegsschiffe, also Fregatten, Korvetten und U-Boote gleichzeitig zum Kampf über und unter Wasser bereitzustellen.“

⁵⁹ IMI 29.6.23, Sondervermögen: Verspätete Hubschrauber. Chinook von Boeing. Sie fliegen nonstop 1.000 km weit und sollen zwischen 2027 und 2033 ausgeliefert werden

⁶⁰ Sven Arnold/ Torben Arnold, Deutschlands schwache Führungsrolle bei der europäischen Luftverteidigung, SWP-Aktuell, Nr. Januar 2023. 8 Seiten, Seite 8

Für 152 Millionen Euro, ein eher kleiner Betrag in dieser Auflistung, sollen 140 Raketen gekauft werden, die der Bewaffnung von fünf Kampfdrohnen des Typs HERON TP aus Israel dienen. Mit ihrem Einsatz muss ab 2024 gerechnet werden. Eine der HERON TP soll ab Jahresende für ein halbes Jahr in Jagel (Schleswig-Holstein) stationiert werden⁶¹ und die Erlaubnis erhalten, im zivilen deutschen Luftraum zu fliegen.⁶²

Insgesamt soll bis Ende des Jahrzehnts etwa die Hälfte der Luftwaffe erneuert werden. 118 Eurofighter⁶³ und Tornados sollen durch 128 neue Kampfflugzeuge „ersetzt“ werden.^{64 65 66}

Altersschwache Tornados dienen derzeit noch im Rahmen der sogenannten Nuklearen Teilhabe der NATO dazu, in Büchel gelagerte US-Atombomben in Richtung Russland tragen zu können. Als Tornado-Ersatz wurde grünes Licht für 35 Tarnkappenbomber des Typs F-35 gegeben, die ab 2027 aus den USA kommen. Sie werden wohl 10 Mrd. Euro kosten. Für 4 Milliarden⁶⁷ werden 15 Eurofighter zur Unterdrückung der russischen Flugabwehr angeschafft. Sie werden ab 2029 erwartet. Die in Büchel gelagerten atomaren 15 US-Freifallbomben⁶⁸ der Typen B61-3 und B61-4 sollen schon ab 2024 durch wesentlich präziser steuerbare Nachfolgermodelle des Typs B61-12 ersetzt werden. Zudem - und das ist von ganz besonderer Bedeutung - können sie, im Gegensatz zu den derzeitigen Modellen, „mehrere Meter in das Erdreich eindringen und somit [...] gezielt gegen tiefliegende Bunker eingesetzt werden.“⁶⁹

Abschließend noch zu zwei Mega-Projekten der Luftwaffe, wobei das erste Projekt auch Teil des zweiten werden kann.

Eurodrohne

Eurodrohnen sind Mehrzweckdrohnen Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Spaniens und ein Projekt der militärischen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) der EU unter deutscher Führung. Airbus Defence & Space entwickelt und baut die Eurodrohnen federführend in Manching bei Ingolstadt zusammen.

Die Drohnen sollen im zivilen Luftraum fliegen dürfen, können also überall starten und landen. Das erhöht die militärische Flexibilität in unerhörtem Maß.

Die Eurodrohnen werden mit Elektronik vollgestopft. Mit ihrer SIGINT-Technik spioniert die Eurodrohne die militärischen Führungs- und Kommandostrukturen fremder Länder aus. Dafür nimmt sie aus einer Flughöhe von 13 km herunter in einem Radius von bis zu 400 km elektronische Signale auf. Zudem legt die Eurodrohne digitale detaillierte Landkarten an, in die die mittels SIGINT ermittelten strategischen Orte eingetragen und als Angriffsziele zugewiesen werden.

⁶¹ IMI-online 10.11.23, <https://www.imi-online.de/2023/11/10/heron-drohne-inland/>

⁶² Europäische Sicherheit & Technik 8/2023, S. 78f, hier S. 79

⁶³ 118 Flugzeuge = 85 Tornados + 33 alte Eurofighter der Tranche 1

⁶⁴ Die Lebenswegkosten, also die Gesamtkosten für Anschaffung, Betrieb, Ersatzteile, Modernisierung etc., über 40 Jahre werden zusammen geschätzt 100 Mrd. Euro betragen.

⁶⁵ 4.11.20, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/grossauftrag-die-bundeswehr-bekommt-38-neue-eurofighter/26590350.html?ticket=ST-6272823-EIQ53HOHP3c03oCbsGhE-ap1> Zu ihnen zählen 38 Eurofighter, die noch unter Merkel Ende 2020 bestellt wurden und bis 2030 ausgeliefert werden. Diese Tranche 4 kostet 5,6 Mrd.

⁶⁶ FAZ 14.10.23, „Wir brauchen den Eurofighter“. Airbus drängt auf Bestellung 40 weiterer Eurofighter. Diese Tranche 5 wird wohl rund 6 Mrd. Euro kosten.

⁶⁷ Griephan-Brief 13/22, in Jürgen Wagner, Kriegskredite und Rüstungslisten 6.6.22, <https://www.imi-online.de/2022/06/06/kriegskredite-und-ruestungslisten/>

⁶⁸ <https://fas.org/blogs/security/2021/12/fa-18-removed-from-fact-sheet/> abgelesen 12.8.22

⁶⁹ ebenda

Die Eurodrohnen, mit 11 Tonnen Gewicht, mehr als doppelt so schwer wie die derzeit größten Kampfdrohnen HERON TP und Reaper („Sensenmann“) aus den USA, sollen eine Panzerabwehrkrakete („Brimstone“) sowie eine lasergelenkte Bombe von 227 kg-Gewicht (GBU-49) tragen⁷⁰. Die Eurodrohne wird in Bundeswehrkreisen als „europäische Superdrohne“ und als ein „echter Gamechanger“ für die Luftwaffe gepriesen.⁷¹ Von den insgesamt 63 Eurodrohnen, die die vier Staaten abnehmen wollen, will Deutschland 21. Der Vertrag ist rechtskräftig. „Die Kosten des deutschen Anteils dieses Projekts liegen bislang nahe an vier Milliarden Euro.“⁷² Eine Eurodrohne kostet also weit mehr als ein Eurofighter. Ab 2029 sollen die 21 deutschen Eurodrohnen in Jagel (Schleswig-Holstein) stationiert werden. Aufhängepunkte für die Waffen werden jeweils angebracht, die Waffen werden später beschafft.

Kampfflugzeugsystem FCAS: Das Jahrhundertprojekt

FCAS ist wahrlich ein Jahrhundertprojekt, auf das sich Macron und Merkel 2017 verständigt haben. Spanien kam inzwischen hinzu. Dabei geht es darum, die dann veralteten Kampfflugzeuge Deutschlands (Eurofighter) und Frankreichs (Rafale) nicht schlicht durch ein neues Kampfflugzeug zu ersetzen, sondern durch das Kampfflugzeugsystem der Zukunft „Future Combat Air System“ (FCAS). FCAS soll – so der ursprüngliche Plan - in den Jahren 2040 bis 2080 eingesetzt werden.

Allein seine Entwicklungskosten werden auf über 100 Mrd. Euro geschätzt. Branchenkenner rechnen mit einem Umsatz von 500 Mrd. Euro.⁷³ FCAS ist damit fünfmal größer als das bisher größte europäische Militärprojekt, der Eurofighter.⁷⁴ Für Scholz hat die Umsetzung von FCAS „oberste Priorität“.⁷⁵

Im Zentrum von FCAS steht ein neu zu entwickelndes Kampfflugzeug der nächsten, der 6. Generation⁷⁶, der Next Generation Fighter (kurz: NGF). Jedes NGF soll von bewaffneten Drohnen, wie der Eurodrohne, und Drohnenschwärmen in einem digitalen Netzwerk, der sogenannten Kampf-Cloud, umgeben sein. Die „Kampf-Cloud“ gilt als elektronisches Gehirn, als Kommando-Zentrale, in dem die Daten zusammenfließen. Beim NGF hat Frankreichs Dassault Aviation die Führungsrolle inne. Allerdings geht Airbus dabei alles andere als leer aus: „Auf Airbus und seine Zulieferer entfallen mit den deutschen und spanischen Standorten zwei Drittel der Wertschöpfung und auch zwei Drittel des Budgets.“⁷⁷

Das NGF wiederum ist mit anderen NGFs verbunden, mit Satelliten, mit Aufklärungsdrohnen, mit Aufklärungs- und Tankflugzeugen, mit Kriegsschiffen und Heereseinheiten. Die Verbindung schafft Echtzeit-Bilder und Echtzeit-Analysen. In der „Kampf-Cloud“ wird Künstliche Intelligenz die alles

⁷⁰ die auf sechs bis neun Meter genau trifft

⁷¹ Oberstleutnant Jens Büttner, Angehöriger des Kommando Luftwaffe, ES&T August 2022, S. 57

⁷² FAZ 15.6.21

⁷³ Das Projekt wird „nach Schätzungen aus der Branche,“ so das Handelsblatt, „einen Umsatz von 500 Milliarden Euro bringen“, Thomas Hanke, Martin Murphy, Donata Riedel, So wollen Deutschland und Frankreich ihre Rüstungsindustrie neu aufstellen, 26.11.18, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/gemeinsame-jets-und-panzer-so-wollen-deutschland-und-frankreich-ihre-ruestungsindustrie-neu-aufstellen/23673794.html?ticket=ST-1006788-z1Z9FyM2EFj5ebyOlmst-ap2> abgelesen 12.8.22

⁷⁴ Die 140 Bundeswehr-Eurofighter der Tranchen 1 bis 3A kosteten knapp 25 Mrd. Euro. Für insgesamt 623 bestellte Eurofighter müssen rund 100 Mrd. Euro berappt werden.

⁷⁵ Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode, 19. Sitzung, 27.2.2022, S. 1353

⁷⁶ Die Spitze der Entwicklung momentan bildet mit dem US-amerikanischen F-35 die 5. Generation. Die angesprochenen Rafale und Eurofighter sind Kampfflugzeuge der Generation 4+.

⁷⁷ FAZ 19.2.22, Interview mit Michael Schöllhorn, Geschäftsführer von Airbus Defence & Space. Schöllhorn bekräftigte diese Behauptung später in einem Interview mit der NZZ: „Frage: Beim Bau des eigentlichen Kampffjets ist Airbus nur Zulieferer für Dassault, wie passt das zu Ihrem Selbstverständnis als Plattformbauer? Schöllhorn: Nein wir sind keine Zulieferer, wir sind Hauptpartner. Richtig ist, dass wir nicht die Führung haben. Das ist politisch gewollt. Airbus hat aber 66 Prozent der Wertschöpfung beim Flugzeug. Wir bauen so essenzielle Teile wie das Cockpit, was in Zeiten vernetzter Systeme ganz wesentlich ist.“ NZZ 15.7.23, „Der F-35 ist für Europa eine Blackbox“

durchdringende zentrale Rolle spielen. FCAS stellt eine Revolution der Militärtechnik dar. Es wird deshalb als „System of Systems“ bezeichnet.

Das Kampfflugzeug NGF wird als Tarnkappenbomber und als Träger von Atombomben konzipiert und soll auf einem eigens noch herzustellenden französischen oder deutsch-französischen Flugzeugträger starten und landen und möglicherweise auch unbemannt fliegen können. Flugzeugträger? Ja, der französische EU-Kommissar Thierry Breton hat ihn erst wieder im Oktober ins Gespräch gebracht.⁷⁸

Das militärische Ziel von FCAS ist es, über eine Kampfüberlegenheit in der Luft auch den Krieg an Land und auf dem Meer zu gewinnen. FCAS ist vor allem gegen Großmächte gerichtet. Die EU strebt damit militärischen Weltmachtstatus an. Das ist meine These. Dafür gibt es zwei Belege:

Erstens, den gemeinsamen Standpunkt der Luftwaffenchefs Deutschlands, Frankreichs und Spaniens. Sie sagen, worum es ihnen mit FCAS geht: Es „soll in allen Kategorien des Luftkampfes über hervorragende Fähigkeiten verfügen, dadurch die Luftüberlegenheit unserer Luftwaffen und dadurch die erforderliche Bewegungsfreiheit der anderen Teilstreitkräfte sicherstellen.“⁷⁹

Zweitens, stellt der französische Senat zur FCAS-Architektur fest: „Die Herausforderung an die künftigen Kampfflugzeuge wird darin bestehen, die Fähigkeit zur Eroberung und Aufrechterhaltung der Luftüberlegenheit zu besitzen, um mit der dritten Dimension sowohl zu Land als auch zu Wasser agieren zu können.“⁸⁰

FCAS ist nur realisierbar, wenn das System oder wesentliche Teile davon auch nach außerhalb Europas exportiert werden können, was wiederum nur möglich ist, wenn auf US-amerikanische Bauelemente verzichtet wird, denn sonst könnte die US-Regierung Einspruchsrechte geltend machen. Der Flugdemonstrator, eine Art Prototyp, soll 2029 erstmals abheben. Dassault geht davon aus, dass die Indienstellung nicht vor 2045 sein wird.⁸¹

So, das war der sehr konzentrierte Überblick über deutsche Rüstungsplanungen. Es fällt auf, dass die großen Projekte FCAS, MGCS, die Erneuerung der halben Luftwaffe und auch große Teile der Marineplanung bereits vor dem Ukrainekrieg in Gang gesetzt wurden, obwohl deren Finanzierung in den Sternen stand. Der Angriff Russlands auf die Ukraine war der Hebel, um die Finanzierung voranzubringen.

Ziel war es von Anfang an, Deutschland an die Spitze in Europa befördern zu wollen. Die Spitzenstellung strebt die Regierung im europäischen Pfeiler der NATO an, aber auch mittel- bis langfristig in der autonom agierenden Militärmacht EU. Stichwort: Strategische Autonomie. Der Kurs auf diese Spitzenstellung wird, wir hören es tagtäglich, mit der angeblichen Notwendigkeit von Verteidigungsmaßnahmen gegen Russland begründet. Wir haben gehört, dass die Kräfteverhältnisse diese Notwendigkeit nicht hergeben. Trotzdem geht die Konfrontation gegen Russland systematisch voran. Die Vokabeln Verhandlung und Abrüstung kommen in den neuen VPR an keine Stelle vor. Kooperation schon, aber nur mit Freunden. Die Zeiten stehen auf Konfrontation mit der zunehmenden Tendenz zum Großkrieg. Die Frage stellt sich, was können wir dagegen tun?

⁷⁸ IMI 11.10.23 Breton: EU-Flugzeugträger?

⁷⁹ FAZ.net 21.2.20, Philippe Lavigne, Javier Salto Martines-Avial, Ingo Gerhartz, Die Zukunft der europäischen Luftwaffen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/gastbeitrag-die-zukunft-der-europaeischen-luftwaffen-16642571.html>

⁸⁰ Ronan Le Gleut, Hélène Conway-Mouret, Senatoren, Senat, Sondersitzung 2019 – 2020, Informationsbericht Nr. 642, ausgestellt im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte über das Luftkampfsystem der Zukunft (Future Combat Air System, FCAS), 15. Juli 2020, 99 Seiten, S. 29. <http://www.senat.fr/rap/r19-642-3/r19-642-31.pdf>

⁸¹ FAZ 22.7.23, Auftragsregen für Dassault

Die bundesweite Demonstration am 25. November in Berlin ist eine wunderbare Gelegenheit, für das Ende des Ukraine- und auch des Gaza-Krieges und für Abrüstung zu demonstrieren. Der Termin ist bewusst so gewählt, dass er direkt vor den abschließenden Beratungen und der Abstimmung im Bundestag über den Rüstungshaushalt liegt. Also: Fahrt bitte nach Berlin!

*Lühr Henken, ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag (www.Friedensratschlag.de), Herausgeber der Kasseler Schriften zur Friedenspolitik (<https://jenior.de/produkt-kategorie/kasseler-schriften-zur-friedenspolitik/>) und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination (<http://www.frikoberlin.de/>)